

12. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 25. April 2016

Nachdem sich alle Beteiligten jahrelang an lautstarke "Empfangsproteste" vor dem Rathaus gewöhnt haben, wirkt es jetzt geradezu ´gespenstig´, wenn die Ratsmitglieder und die zuständigen städtischen Verwaltungsmitarbeiter unbehelligt über den Burgplatz ins Rathaus gehen. Tatsächlich gab es aber auch bei dieser Sitzung des Duisburger Stadtrates keine Demonstranten, keine Proteste und keine Trillerpfeifen.

Eigentlich hätte den Mandatsträgern eine vergleichbar ruhige und kurze Sitzung bevorstanden. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils umfasste "nur" 50 Tagesordnungspunkte und somit lediglich die Hälfte der bisherigen Versammlungen. 49 Tops davon erschienen völlig unproblematisch und entsprachen den üblichen Themen, die bei nahezu jeder Ratssitzung abzuarbeiten sind.

Allerdings hatten SPD und CDU die Mitglieder des Rates einige Tage vor der Sitzung mit einem gemeinsamen Antrag überrascht, der für eine gedrückte Stimmung sorgte und längere empörte Diskussionen erwarten ließ. Ohne jede Vorwarnung hatten die beiden großen Fraktionen die **Neuberechnung- und Verteilung der städtischen Gelder für die Ratsfraktionen und Gruppen** beantragt. Bisher wurde diese Berechnung direkt nach der Kommunalwahl vorgenommen und blieb bis zum Ende der Legislaturperiode gleich. Dies war bisher (seit Kriegsende) gängige Praxis im Duisburger Stadtrat. Nie wurden die finanziellen Mittel im Laufe einer Legislaturperiode verändert, insofern überraschte der Antrag ´als solcher´ schon. Die beantragten Summen ließen die Mitglieder der kleineren Fraktionen und Gruppen erzürnen, denn SPD und CDU wollten allen anderen erhebliche Mittel kürzen und sich selbst beträchtliche Erhöhungen bewilligen.

Die Verteilung der finanziellen Mittel erfolgte immer direkt nach der Kommunalwahl und diente den alten und neuen Ratsfraktionen als Planungsgrundlage für die kommenden Jahre. Je nach Höhe der Zuwendungen schließen die Fraktionen daraufhin Mietverträge ab, kaufen/leasen Geräte und Maschinen und stellen Mitarbeiter ein. Bis zur nächsten Kommunalwahl, also in der Regel 5 Jahre lang, konnten solche Verträge vertrauensvoll abgeschlossen werden. Auch die FDP im Rat hat ihren neuen Mietvertrag bewusst erst nach der Kommunalwahl im Mai 2014 abgeschlossen. Der Vertrag läuft auch nur bis zur nächsten Wahl 2020, obwohl der Vermieter immer gerne eine längere Laufzeit hätte. Wenn diesen Dispositionen jetzt völlig überraschend die Planungsgrundlage entzogen wird, brechen politische, organisatorische und auch private Planungen der Mitarbeiter zusammen. Insofern war der völlig unabhgestimmte und bewusst lang zurückgehaltene CDU/SPD-Antrag eine Hiobsbotschaft für alle anderen im Rat vertretenen Gruppierungen.

Bis zu diesem "gefürchteten" Tagesordnungspunkt 41 verlief die Ratssitzung ruhig und mit nur wenigen Diskussionen. Es wurden verschiedene **Dienstreisen** der 3 Bürgermeister zu den Partnerstädten beschlossen, Nachwahlen für einzelne ausgeschiedene **Aufsichtsratsmitglieder** durchgeführt, **Wirtschaftspläne** von städtischen Gesellschaften genehmigt und die Einstellung von **Auszubildenden** und Praktikanten in der Stadtverwaltung beschlossen.

Auffällig ist seit einiger Zeit die **hohe Zahl der Dringlichkeitsbeschlüsse**, wie sie auch in dieser Sitzung wieder zahlreich vorlagen. Dabei handelt es sich um Entscheidungen, die keinen Aufschub bis zur nächsten Ratssitzung dulden und aus bestimmten Gründen sofort getroffen werden müssen. Der Beschluss erfolgt, indem je ein Ratsmitglied von SPD und CDU die Beschlussvorlage unterschreiben - in der Vorannahme, dass (mindestens) die beiden großen Fraktionen diesen Beschluss "im Nachhinein" in der folgenden Ratssitzung legitimieren. Die breite Mehrheit der Ratsmitglieder kann das bereits Beschlossene also nur noch zur Kenntnis nehmen.

So wird über den Inhalt des Beschlusses meist nicht mehr diskutiert, wohl aber über die Notwendigkeit bzw. Begründung der Dringlichkeit. Meist, weil die von der Verwaltung vorgetragenen Begründungen oft wenig einleuchtend sind oder erkennbar ist, dass dieser Beschluss auch noch in der vorherigen Sitzung hätte gefällt werden können. In einigen Fällen hat man deutlich das Gefühl, dass eine breitere Diskussion im Rat von vornherein nicht erwünscht war und deshalb (unter Ausschluss der Öffentlichkeit) Fakten geschaffen wurden. Der Oberbürgermeister wählte diesen Entscheidungsweg z.B. bei sehr vielen Beschlüssen zur Errichtung, Umbau, Anmietung und/oder dem Betrieb von Asylbewerberheimen, wie auch jetzt wieder bei der **Homberger Glückaufhalle**, der ehemaligen **Schule Wiesbadener Straße**, oder die Anmietung einer **Traglufthalle**, die neben dem ehemaligen Schulgebäude 'Obere Holtener Straße' errichtet wird.

Wie üblich folgte die Aufstellung diverser **Bebauungspläne** im ganzen Stadtgebiet und die Verhängung einer **Veränderungssperre** in Rheinhausen-Asterlagen zur Verhinderung einer Spielhalle.

Unter Tagesordnungspunkt 31 stand eine **Resolution der Freien Demokraten** zur Abstimmung, die sich für den **Erhalt des Stahlstandortes Duisburg** aussprach. Die FDP hatte diese Resolution am Tag nach den großen Stahlarbeiterdemonstrationen formuliert und frühzeitig zur Ratssitzung eingereicht. Grüne und Linke hatten daraufhin ebenfalls eigene Resolutionen formuliert. Oberbürgermeister Sören Link gefiel es offenbar nicht, dass er selbst nicht auf diese Idee gekommen war (oder wenigstens "seine" SPD), deshalb ließ er von der Verwaltung eine weitere Resolution formulieren, die er nun dem Rat präsentierte. Gleichzeitig bat er Grüne und Linke darum, ihre Anträge zurückzuziehen, da diese ja nun 'obsolet' seien (Grüne und Linke taten ihm den Gefallen). Die FDP-Resolution 'warf' er mit einem Hinweis auf die Gemeindeordnung einfach von der Tagesordnung, wonach Gruppen kein Antragsrecht besitzen. Die Resolution der FDP sei überhaupt nur "versehentlich" auf der Tagesordnung gelandet. Dies war schon ein kleiner Vorgeschmack auf das Folgende...

Es folgte das Top-Thema des Tages, der gemeinsame Antrag von SPD und CDU zur **"Anpassung der Fraktionszuwendungen"**. Um die neuen Vorschläge von CDU und SPD richtig einschätzen zu können, muss man die bisherigen Zahlen kennen: Eine 3er-Fraktion, wie z.B. JuDu/DAL, erhielt bisher einen Sockelbetrag von 8.700,- € plus 850,- € für jedes Ratsmitglied (3x 850,-€ = 2.550,- €), zusammen also 11.250,00 € monatlich. Davon wurden/mussten Büroraume in Rathausnähe angemietet werden, ein Geschäftsführer und 2 Bürokräfte eingestellt werden und Computer, Kopierer, Drucker, Faxgeräte, Telefone, sowie Mobiliar angeschafft und erneuert werden. Außerdem mussten davon Porto, Online- und Telefonkosten bezahlt werden und das gesamte Verbrauchsmaterial, wie z.B. Papier, Druckerpatronen oder Briefumschläge.

Diese Summe war auskömmlich aber größere Überschüsse waren bis zum Jahresende kaum möglich, denn z.B. die Anschaffung eines modernen Kopierers kostet schon ca. 9.000,- €. Dem Vorschlag von CDU und SPD folgend, erhält die gleiche Fraktion (immer noch mit den gleichen laufenden Betriebskosten, langfristigen Mietverträgen und Mitarbeitern) demnächst nur noch 4.350,- € plus 3x 800,- € = 6.750,- €. Das entspricht einer Kürzung von ca. 40%! Ratsgruppen erhalten vom neuen Sockelbetrag und den "Kopfpauschalen" nur 2/3, also maximal 3.900,- € monatlich.

Gleichzeitig -und das löste bei den Betroffenen die größte Empörung aus- erhöhten sich die Fraktionen von SPD und CDU ihre Sockel- und Kopfpauschalen um jährlich 50.000,- € (CDU) bzw. 80.000,- € (SPD). Zählt man alle Steuergelder zusammen, die die SPD-Ratsfraktion zukünftig jeden Monat erhält, kommt man auf einen Betrag von 52.000,- €! Da es sehr strenge gesetzliche Vorschriften für diese Mittelverwendung gibt, ist es nur schwer zu verstehen, wozu man 52.000,- € im Monat(!) brauchen könnte, selbst bei einer großen Geschäftsstelle und 5 Mitarbeitern, wie es bei der SPD der Fall ist.

Ausgerechnet die Parteien/Fraktionen, die die Worte "Christlich" und "Sozial" in ihren Namen führen, streichen den kleineren Fraktionen und Gruppen Gelder um es sich selbst zuzuschlagen... Eine Stunde lang redeten die Mandatsträger von JuDU/DAL, PSL, FDP, Grünen, Linken, AfD und alle rechten Gruppierungen auf die Ratsmitglieder von SPD und CDU ein, versuchten mit vielen emotionalen und kreativen Vorschlägen zu erklären, dass man selbstverständlich zu Gesprächen, Verhandlungen und Einsparungen bereit sei, dass dieser Beschluss Arbeitsplätze kosten wird und zur Zerrüttung der politischen Verhältnisse im Stadtrat führen wird - nichts half...

CDU und SPD hörten sich alle Wortbeiträge völlig unbeeindruckt an, bis sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Mettler zu Wort meldete und das sagte, was er immer nach langen (für ihn unangenehmen) Diskussionen sagt: *"Ich habe nicht ein einziges Sachargument gehört... deshalb würde ich nun gerne zur Abstimmung kommen..."* Das ist dann immer ein klares Signal an Oberbürgermeister Link, nun die Debatte zu beenden und das Thema abzuschließen. Dieser "Anweisung" folgte der OB dann auch und lies über den CDU/SPD-Antrag abstimmen: Alle 35 SPD-Mitglieder und alle 21 CDU-Ratsmitglieder stimmten zu, alle anderen anwesenden Mandatsträger (28) waren dagegen.

Unter diesem belastenden Eindruck endete die öffentliche Ratssitzung schon um 17:00 Uhr. Nach einer 30minütigen Pause folgte noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung, so dass die Ratsmitglieder um 18:00 Uhr den Heimweg antreten konnten. Einig waren sich die Betroffenen Fraktionen und Gruppen, dass man (wohlmöglich und/oder nötigenfalls gemeinsam) rechtliche Schritte gegen diesen Beschluss prüfen werde und dass das mehr- oder weniger bestehende bisherige Vertrauensverhältnis zu den beiden großen Fraktionen nicht nur gestört, sondern gebrochen ist.

Bis zum Jahresende 2016 ändern sich die bisherigen Zuwendungen noch nicht, solange haben die verschiedenen Fraktionen und Gruppen also noch Zeit, sich mit ihren zukünftigen finanziellen Planungen und/oder ggf. mit Klageschriften zu beschäftigen und ihre politische Arbeit auf neue (organisatorische) Füße zu stellen.

Die nächste reguläre Ratssitzung ist für den 20. Juni 2016 geplant. Danach werden wir Sie wieder umfassend unterrichten. Bis dahin wünschen wir Ihnen eine gute Zeit.